

Juso will Massnahmen gegen Rechtsextremismus

Der Auftritt der rechtsextremen Jungen Tat an der Infoveranstaltung zum Bundesasylzentrum Buosingen sowie die aufgeheizte Stimmung beim Thema Migration veranlasst die Juso Schwyz zu einer Petition.

Dominik Jordan

Das geplante Bundesasylzentrum in Buosingen dominiert seit Wochen die politische Debatte in der Region. Nun schalten sich die Schwyzer Jungsozialisten (Juso) in die Thematik ein. Die Jungpartei teilte am Donnerstag mit, sie lanciere eine Petition, die einen Massnahmenplan gegen Rassismus und Rechtsextremismus fordere.

Seit dem Bekanntwerden der Pläne für ein Bundesasylzentrum werde dieses allen voran von der SVP als grosse Bedrohung für die Schwyzer Bevölkerung dargestellt. Das habe sich an der Informationsveranstaltung im April zugespitzt. «Menschenfeindliche Voten gab es an diesem Anlass nämlich nicht nur von der SVP, auch die rechtsextreme Gruppierung Junge Tat war vor Ort», schreibt die Juso.

SVP verbreite «rassistische Narrative»

Der geforderte Massnahmenplan soll folgende Punkte aufgreifen: Förderung von Bildungsprogrammen, Unterstützung für Betroffene von rassistischen Übergriffen und rechtsextremer Gewalt, Förderung von Vielfalt und Integration sowie eine besser Überwachung rechtsextremer Gruppierungen und Aktivitäten.



Die Juso wirbt für Empathie mit Geflüchteten.

Bild: PD

Juso-Präsidentin Nathalie Ruoss sagt auf Anfrage, das Ziel sei es, 500 Unterschriften zu sammeln. Wann die Petition überreicht werden soll, sei noch nicht bekannt. Nun ist eine Petition im politischen Betrieb ein relativ stumpfes Schwert. Warum geht die Juso nicht den Weg über ihre Mutterpartei mit einem Vorstoss im Parlament? «Die Juso fährt zum Bundesasylzentrum eine andere Strategie als die SP», sagt Ruoss dazu. «Es geht uns darum, öffentlich einen Standpunkt zu vertreten. Der Diskurs soll nicht nur von der SVP dominiert werden.»

In ihrer Mitteilung wirft die Jungpartei der SVP vor, dass sie rassistische Narrative verbreite und rechtsextreme Ideologien und Begrifflichkeiten verharmlose – Stichwort «Remigration». Die Juso schreibt, bei der Infoveranstal-

tung in Oberarth hätten Vertreter der SVP ein Transparent mit der Forderung nach Remigration dabeigehabt. «Remigration ist ein Begriff aus rechtsextremen Kreisen», sagt Nathalie Ruoss. «Damit gemeint ist die Massenaus-schaffung von Menschen mit Migrationshintergrund.»

SVP: «Haltlose Vorwürfe»

Überhaupt stört sich die Juso an den Äusserungen über die Geflüchteten, die in Buosingen untergebracht werden sollen. «Es wird so dargestellt, als wären diese Menschen alle Verbrecher und Vergewaltiger.» Dabei, so Ruoss, wäre Empathie angebracht. «Menschen flüchten nicht freiwillig.»

Die in der Mitteilung angeschossene SVP will diese Vorhaltungen nicht

auf sich sitzen lassen. «Die Vorwürfe der Juso gegenüber der SVP Kanton Schwyz sind völlig haltlos und an den Haaren herbeigezogen», sagt Parteisekretär und Kantonsrat Samuel Lütolf. «Die SVP ist eine basisdemokratische Partei und vertritt in der Sache BAZ Buosingen die zurecht sehr besorgte Bevölkerung.» Dass das Asylzentrum ohne Einbezug der Bevölkerung realisiert werden soll, sei ein «Affront gegenüber unseren demokratischen Gepflogenheiten». Man dürfe darum sehr wohl eine kritische Position gegenüber dem Projekt einnehmen.

Er sei überzeugt, dass es im Kanton Schwyz eine politische Debatte um das Asylzentrum brauche, so Lütolf weiter. Er verweist auf den kürzlich eingereichten Vorstoss der Kantonsratsfraktion zum Thema (der «Bote» berichtete). Lütolf lässt es sich nicht nehmen, seinerseits die Juso ins Visier zu nehmen. «Am 1. Mai haben linksautonome Kreise in der Stadt Zürich eine unbewilligte Demo veranstaltet und Sachschaden in der Höhe von mehreren Zehntausend Franken verursacht.» Die Juso halte es nicht für nötig, sich von diesen Gruppierungen abzugrenzen. «Man spielt sich hier auf als Moralapostel, aber es wäre vielleicht besser, die Juso würde zuerst einmal vor der eigenen Haustüre für Ordnung sorgen.»